

Für eine Schweiz ohne Beihilfe zur Steuerhinterziehung

5. Mai 2009

1.

Die Auseinandersetzung um Steuerhinterziehung und "Bankgeheimnis" wird die politische Agenda der Schweiz in den nächsten Jahren wesentlich bestimmen. Die USA setzen die UBS und den Bundesrat unter massiven Druck. Die G20 haben die Schweiz auf eine „graue Liste“ gesetzt und verlangen, dass sie innerhalb kurzer Zeit mit mindestens 12 Ländern ein Doppelbesteuerungsabkommen abschliesst, in denen Art. 26 des OECD-Musterabkommens zu Vermeidung von Doppelbesteuerung umgesetzt wird. In der EU wird die Forderung nach einem generellen Abkommen erhoben.

2.

Steuerhinterziehung und Steuervermeidung spielen in der gegenwärtigen Krise des Kapitalismus eine wichtige Rolle. Sie sind ein wichtiger Hebel, mit dem die besitzenden Klassen ihre Reichtümer den Ansprüchen der Allgemeinheit entziehen.

Steuermittel bilden die Grundlage für die Finanzierung von öffentlichen Gütern und Diensten wie Wasserversorgung, Bildungs- und Gesundheitswesen und so weiter. Die Bedeutung dieser öffentlichen Dienste nimmt laufend zu. Es ist für die Zukunft der Menschheit ausschlaggebend, dass die Reichtümer, die von Weltkonzernen, grossen Unternehmen, Einzelpersonen und juristischen Körperschaften in den letzten Jahrzehnten akkumuliert (angehäuft) worden sind, vermehrt einer Nutzung im Interesse der Allgemeinheit zugeführt werden können. Die anstehenden sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme können sonst nicht gelöst werden.

3.

Steuern auf Einkommen und Vermögen sind auch ein Weg, Ungerechtigkeiten in der Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu korrigieren. Jeder Franken (Euro, Dollar ...) muss zuerst erarbeitet werden, bevor er "verdient" werden kann, und die "Verdienste" fallen keineswegs immer dort an, wo gearbeitet worden ist. Steuerhinterziehung ver- und behindert eine solche Politik der Um- und Rückverteilung. Die Einkünfte von Lohnabhängigen liegen mit den Lohnausweisen offen vor. Unternehmens- und Kapitalerträge sowie Vermögenswerte hingegen können (unter anderem) dank des Schweizer Steuerhinterziehungsgeheimnisses der Besteuerung entzogen werden. Das Bankgeheimnis und die Begünstigung von Steuerhinterziehung schwächen zudem insgesamt die Transparenz der Finanzmärkte und ihrer Akteure. Wie gefährlich dies für das Funktionieren der Gesellschaften ist hat sich in der aktuellen Finanzkrise erwiesen.

4.

Alle Länder dieser Welt haben Anspruch auf Steuersouveränität. Sie müssen selbst darüber bestimmen können, welche Anteile des Reichtums sie via Steuern der Allgemeinheit verfügbar machen. Dies ist eine Voraussetzung für das Funktionieren demokratischer Entscheidungsfindung. Eine Politik, die die systematische Steuerhinterziehung fördert, schwächt die Handlungsfähigkeit anderer Länder und damit deren demokratisches Potential. Für viele ärmere Länder ist die Fähigkeit, öffentliche Gelder zu beschaffen eine Grundvoraussetzung dafür, die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung nach Bildung, Gesundheitsversorgung, sauberem Wasser und so weiter erfüllen zu können. Wenn Länder wie die Schweiz dazu beitragen, dass diesen armen Ländern eine solche Mittelbeschaffung verunmöglicht oder erschwert wird, dann handelt es sich dabei keineswegs um ein Kavaliersdelikt, sondern um ein Verbrechen. Die Folgen heissen Hunger, Krankheit, Tod. Eine Gleichbehandlung aller Länder bezüglich der Vermeidung von Steuerhinterziehung ist deshalb unerlässlich.

5.

Die Schweizer Classe Financière spezialisiert sich seit rund hundert Jahren darauf, die Schweizer Gross- und Privatbanken als Instrumente für Steuerhinterziehung und für weitere versteckte Geschäftspraktiken zu betreiben. Für die Schweizer Wirtschaftseliten ist dies eine zentrale Achse ihres Einflusses und ihrer Macht und ein Eckpfeiler ihrer Identität in der Weltgesellschaft. Entsprechend systematisch bearbeiten sie die Medien und die Schweizer Bevölkerung, um eine Identifikation breiter Schichten mit dem „Bankgeheimnis“ zu erreichen. Dadurch ist unser Land mit einer Haltung kontaminiert worden, die die Lebensbedürfnisse von Milliarden anderer Menschen dieser Erde negiert.

6.

Während es unbestritten ist, dass die Classe Financière von den Steuerhinterziehungsgeschäften profitiert hat und weiterhin profitiert, sind die Wirkungen auf die Bevölkerungsmehrheit und auf die Schweizer Gesellschaft zwiespältig. Zwar generieren die Banken- und Finanzgeschäfte Arbeitsplätze. Zwar zahlen die reichen Banken in absoluten Zahlen bedeutende Beträge in die Staatskassen. Die Steuerquote ist in der Schweiz entsprechend tief. Tiefe Steuern nützen jedoch vor allem jenen, die viel verdienen. Auffällig ist zudem, dass es kaum ein anderes Land gibt, in dem die Vermögensunterschiede so hoch sind wie in der Schweiz und in dem so wenige Leute in ihren eigenen vier Wänden wohnen, weil die Boden- und Immobilienpreise so hoch sind.

7.

Die Übermacht der Classe Financière in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft hat erhebliche Lähmungen und Blockaden zur Folge. Das Hauptinteresse dieser "Elite" richtet sich auf tiefe Steuern, auf ein möglichst intaktes Steuerhinterziehungsgeheimnis auf ein konservatives soziales Klima. Sie sind nur sehr beschränkt daran interessiert, die real existierende Schweiz zukunftsfähig zu gestalten. Mehrere Chancen der innovativen Entwicklung – insbesondere die Chance, die sich mit der ökologischen Pioniergeneration der 80er und 90er Jahre geboten hätte – wurden zunichte gemacht, weil von den Unternehmerverbänden und den bürgerlichen Parteien nicht eine einzige noch so kleine Ökosteuern zur Entwicklung der Öko-Innovationen akzeptiert wurde unter anderem mit der Begründung, jede Form von Steuern seien der internationalen Konkurrenzfähigkeit abträglich.

8.

Ein weiterer Preis, den die Schweizer Bevölkerung für die Steuerhinterziehungspolitik der Classe Financière bezahlt, ist die Tatsache, dass sie vom Ausland in Sippenhaft genommen wird. Das Ringen um die Bewältigung der Holocaust-Schuld und die herrenlosen Vermögen sind noch in frischer Erinnerung. Die UBS und andere Banken haben sich in der unmittelbaren Vergangenheit z.B. in den USA offensichtlich auf kriminellem Terrain bewegt, wenn es darum ging, reichen US-BürgerInnen bei der Steuerhinterziehung unter die Arme zu greifen. In einem solchen Umfeld sind wir so lange zu Recht in Sippenhaft, wie sich aus der Schweizer Gesellschaft keine Kräfte finden, die energisch auf ein Ende der Steuerhinterziehungspolitik drängen.

9.

Eine solche Politik, die sich vom Steuerhinterziehungsgeheimnis und von der Steuervermeidung verabschiedet, muss folgende Punkte erfüllen:

- Die Banken und andere in der Schweiz tätige Finanzdienstleister sind gegenüber den Steuerbehörden aller Länder zu der nötigen Transparenz verpflichtet, die es braucht, um Steueransprüche geltend machen zu können. Dies gilt auch gegenüber den Schweizer Steuerbehörden. Wir befürworten unter anderem den automatischen Informationsaustausch, wie er im EU-Zinsbesteuerungsabkommen verwirklicht ist. Dadurch ist es erst möglich, Verdachtsmomente auf Steuerhinterziehung wirksam zu überprüfen.
- Die Unterscheidung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung wird im Inland und gegenüber dem Ausland aufgehoben. Je offensichtlicher die Absicht der Steuerhinterziehung und je höher die Beträge, umso höher müssen die strafrechtlichen Sanktionen sein. Bei geringen Beträgen und einer erstmaligen Verfehlung muss es möglich sein, die Situation mit einer Nachzahlung und der Deckung der Untersuchungskosten zu erledigen. Handelt es sich aber um grössere Beträge und um offensichtlich absichtliche Hinterziehung, sind abschreckende Strafen vorzusehen.

- Die Beihilfe zur Steuerhinterziehung muss unter mindestens gleich hohe Strafe gestellt werden wie die Verletzung des Bankgeheimnisses, d.h. Sie ist mit Gefängnis bis zu sechs Monaten zu sanktionieren.
- Das Rechtshilfegesetz und die Amtshilfepraxis müssen so geändert werden, dass fiskalische Belange und Delikte eingeschlossen sind und Rechtshilfe bei Steuerdelikten explizit ermöglicht wird
- Diese neuen Regeln müssen auf dem Gesetzesweg erlassen werden und nicht nur auf dem Weg von Staatsverträgen und Doppelbesteuerungsabkommen. Die Regeln haben unterschiedslos für alle Länder zu gelten, insbesondere auch für die Entwicklungsländer, die über keine Macht verfügen, um die Schweiz unter Druck zu setzen.
- Die Pauschalbesteuerung reicher AusländerInnen ist zu unterbinden.
- Die Steuerharmonisierung soll auch innerhalb der Schweiz für mehr Steuergerechtigkeit sorgen.

10.

Parallel zu dieser Wende muss eine Transformation des Finanzplatzes Schweiz gefördert werden. Die Schweiz soll ihre Dienste im Bereich der Finanzierung, Steuerung und Kontrolle von öffentlichen und privaten Organisationen und Unternehmen neu ausrichten. Dabei ist zu prüfen, wie die Schweizer Banken eine führende Rolle bei der Finanzierung des ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft und einer Low Carbon Economy einnehmen können. Bis 2050 sind laut der internationalen Energieagentur weltweit Investitionen von 45'000 Milliarden Dollar nötig, um den CO₂-Ausstoss zu halbieren. Eine weitere prüfenswerte Entwicklungsrichtung sind Dienste, die auf Open-Source-Informatiklösungen aufbauen und insbesondere für Entwicklungsländer und öffentliche Verwaltungen von Interesse sind¹.

11.

Die Kräfte, die sich in der Schweiz für eine Änderung der Politik einsetzen, vernetzen sich auf internationaler Ebene mit gesellschaftspolitischen AkteurInnen, die in andern Ländern in die gleiche Richtung wirken. Sie stärken damit auch diese Bestrebungen in den andern Ländern, in denen ja häufig argumentiert wird, schärfere Regeln für mehr Steuergerechtigkeit seien solange illusorisch, als es Länder wie die Schweiz mit dem entsprechenden „Bankgeheimnis“ gebe. Dies ist die angemessene Antwort auf die Konkurrenz, die unter den Finanzplätzen der Welt ausgefochten wird.

12.

Die sozial fortschrittlichen Kräfte der Schweizer Zivilgesellschaft sind aufgerufen, sich in die laufenden Auseinandersetzungen einzubringen und dafür geeignete Instrumente zu evaluieren. Dazu gehört auch die Möglichkeit einer eidgenössischen Volksinitiative.

Denknetz Fachgruppe Politische Ökonomie

¹ Open-Source-Lösungen sind viel günstiger, weil keine Softwarelizenzen bezahlt werden müssen. Mehr als ein Viertel der Beschäftigten der Grossbanken sind Informatikfachkräfte.